



Antrag

der Fraktionen von **SPD, CDU, Bündnis 90 / Die Grünen, FDP** und der **Abgeordneten des SSW**

Umsetzung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission 2020 in Schleswig-Holstein

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag erkennt im Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2020 (COM (2020) 37 final vom 29.01.2020) folgende Schwerpunkte als besonders relevant für Schleswig-Holstein an:

- 1) aus Anhang I des Arbeitsprogramms (neue Initiativen):
 - Nr. 4 Nachhaltigkeit der Lebensmittelsysteme: Strategie „Vom Hof auf den Tisch“
 - Nr. 5: Dekarbonisierung der Energie: Strategie für eine intelligente Sektorenintegration; Renovierungswelle; Erneuerbare Offshore-Energien
 - Nr. 6 Nachhaltige Produktion und nachhaltiger Verbrauch: Stärkung der Verbraucher für den Grünen Wandel
 - Nr. 8 Nachhaltige und intelligente Mobilität: Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität; „ReFuelEU Aviation“ – Nachhaltige Flugkraftstoffe; „FuelEU Maritime“ – Grüner europäischer Meeresraum
 - Nr. 14 Eine neue Industriestrategie für Europa: Industriestrategie; KMU-Strategie
 - Nr. 18 Soziales Europa: Ein starkes soziales Europa für einen gerechten Übergang; Gerechte Mindestlöhne für Arbeitnehmer in der EU; Stärkung der Jugendgarantie; Europäische Arbeitslosenrückversicherung; und zusätzlich, die in der Mitteilung der Kommission angekündigte Kindergarantie (S. 6)
 - Nr. 23 Zollunionspaket: Aktionsplan zur Zollunion

- Nr. 29 Menschenrechte, Demokratie und Gleichstellung der Geschlechter: Aktionsplan für Menschenrechte und Demokratie (2020-2024)
 - Nr. 32 Ein neuer Migrations- und Asylpakt
 - Nr. 37 Initiativen in den Bereichen Gleichstellung und Nichtdiskriminierung: EU-Rahmen für Strategien zur Gleichstellung und Inklusion der Roma nach 2020
 - Nr. 39 Die Zukunft Europas: Gestaltung der Konferenz über die Zukunft Europas
- 2) aus Anhang II des Arbeitsprogramms (REFIT-Initiativen: Überarbeitungen, Evaluierungen und Eignungsprüfungen):
- Nr. 13 Evaluierung der Richtlinie 2009/128/EG zur nachhaltigen Verwendung von Pestiziden
 - Nr. 14 Evaluierung der EU Tierschutzstrategie (2012-2015)
 - Nr. 30 Evaluierung der Definition von KMU

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, auf EU-Ebene nach Absprache mit dem Parlament inhaltlich Einfluss zu nehmen und die Interessen des Landes deutlich zu machen sowie den Landtag über alle wesentlichen Schritte der Landesregierung zur Umsetzung dieser Initiativen in Schleswig-Holstein zu unterrichten.

Zusätzlich soll die Landesregierung dem Landtag regelmäßig über die aktuelle Diskussion über den Mehrjährigen Finanzrahmen und die EU-Kohäsionspolitik ab 2021 und deren Auswirkungen auf die Förderprogramme für Schleswig-Holstein berichten und sich nach Absprache mit dem Parlament gegenüber der Europäischen Kommission für Schleswig-Holstein geeignete Lösungen einsetzen.

Der Landtag ist bestrebt, über das Pilotprojekt des Ausschusses der Regionen (AdR) und der Konferenz der Regionalparlamente mit gesetzgebender Kompetenz (CALRE) „Einfluss aus politischen Debatten in Regionalparlamenten“ auf das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission einzuwirken. Der Landtag begrüßt, dass die gemeinsame Unterstützung des Landtages und der Landesregierung für die Bürgerinitiative für mehr Minderheitenschutz in Europa (MSPI) als beispielhaft aufgenommen wurde.

Regina Poersch
und Fraktion

Hartmut Hamerich
und Fraktion

Bernd Voß
und Fraktion

Stephan Holowaty
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering
und die Abgeordneten des SSW